

ANDREA HOFFMEIER

Was ist eine ‚jugendfreundliche Politik‘? Die jugendpolitischen Positionen des BDKJ vor dem Hintergrund des demographischen Wandels

Zusammenfassung

Die Auseinandersetzung mit der Bedeutung einer ‚alternden Gesellschaft‘ für Kindheit und Jugend impliziert die Frage, wie eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft gestaltet sein muss. Dieser Fragestellung wird der folgende Beitrag nachgehen und die Antworten darstellen, die die jugendpolitische Beschlusslage des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) dazu beschreibt.¹ Beschäftigen wird mich dabei auch die Frage nach den Problemen, mit denen die aktuelle deutsche Gesellschaft Kindheit und Jugend aus der Sicht der katholischen Jugendverbände konfrontiert und inwieweit der prognostizierte demographische Wandel diese verschärfen könnte.

Schlüsselwörter

Kinderpolitik – Jugendpolitik – Katholische Jugendverbände – BDKJ

1. EINLEITUNG

In den katholischen Kinder- und Jugendverbänden organisieren Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Spaß, Politik und persönliches Wachstum. Ein lebendiges Projekt mit einer bundesweiten Vielfalt von Gesichtern, Aktivitäten und Methoden. Ein Projekt, das darauf angewiesen ist, vorzugreifen, nach vorne zu schauen und sich selbst immer wieder neu zu schaffen, weil die, die Verantwortung und Leitungspositionen in der Gruppe und im Verband übernehmen, jung und flexibel sind und schon im nächsten Monat möglicherweise ein anderes Projekt viel spannender finden. Von dieser quirligen, jugendlichen Lebensfreude aus gesehen erscheint das gesellschaftliche Umfeld seit eh und je alt. Alt auch im Sinne von festgelegt und beharrend. Die Behäbigkeit eingespielter Abläufe in der Welt der Erwachsenen ist eine beständige Herausforderung für die neugierigen jungen Leute, die lieber heute als morgen alles ganz anders machen würden und immer wieder bereit sind, Neues zu entwickeln, Altes zu verwerfen und an anderer Stelle wieder neu zuzupacken. Die

¹ Der BDKJ ist Dachverband von 15 katholischen Kinder- und Jugendverbänden mit rund 650.000 Mitgliedern. Er vertritt ihre politischen, sozialen und kirchlichen Interessen.

Frage, was es für das soeben beschriebene Lebensgefühl bedeutet, wenn die Mehrheit der Anderen altersbedingt ‚ganz anders tickt‘, ist aber nicht neu. Sie ist vielmehr typisch und prägend für Kindheit und Jugend. Von der Jugend aus gesehen sind ‚die Anderen‘, die Erwachsenen, schon immer die bestimmende Mehrheit gewesen. Eine Mehrheit, die qua Gesetz mit einem Riesenvorsprung an Einfluss auf die Lebensraumgestaltung ausgestattet ist.

Wie stellt sich der Lebensraum Deutschland für Kinder und Jugendliche dar? Welche Aspekte sind in Betracht zu ziehen, um eine Aussage zu Kindheit und Jugend in der heutigen deutschen Gesellschaft treffen zu können, die dann als Ausgangspunkt für Perspektiven einer zukünftigen deutschen Gesellschaft mit veränderten demographischen Verhältnissen gelten kann? Wenn ich davon ausgehen darf, dass die Bereiche von besonderer Bedeutung sind, die im BDKJ heute thematisiert werden und ebenso in den vergangenen Jahren von den Mitgliedern der Kinder- und Jugendverbände aufgegriffen worden sind, sehe ich sieben wichtige Lebensbereiche tangiert:

- die Bildung, die auch die Schulen und Hochschulen sowie die Ausbildungsplätze betrifft; die Rahmenbedingungen der Familien, besonders geprägt von dem Zugang zum gesellschaftlichen Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit;
- die Gestaltungsfreiheit für Lebensentwürfe von Mädchen und Jungen und somit der gesellschaftliche Wandel von Geschlechterrollen und Geschlechterverhältnissen;
- die Gestaltung einer Zuwanderungs- und Integrationspolitik, die dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe verpflichtet ist;
- die Stärkung der Partizipation der jüngeren Generation;
- die Entwicklung der Infrastruktur, insbesondere in den ländlichen Regionen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten;
- den gesellschaftlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie die Gestaltung von Globalisierung und weltweiter Gerechtigkeit.

2. HERAUSFORDERUNG BILDUNG

Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb bilden das zentrale Potenzial, mit dem eine Gesellschaft ihre Mitglieder ausstattet. Das deutsche Bildungssystem steht zur Zeit, ausgelöst durch die schlechten Ergebnisse im internationalen Vergleich, in Bezug auf Effektivität und Gerechtigkeit

keit² stark in der Kritik. Angefangen mit dem Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder, beschäftigen sich sowohl die Fachwelt als auch die Öffentlichkeit intensiv mit Bildungsfragen. Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der einzelnen Schulen, das vielgliedrige Schulsystem sowie Ganztagschulen und damit verbunden das Zusammenspiel außerschulischer und formeller Bildung sind Gegenstand des Bildungsdiskurses. Die katholischen Jugendverbände gestalten die Bildungslandschaft Deutschland in der außerschulischen Bildung mit und nehmen darüber hinaus Stellung zu Fragen der institutionellen Bildung, da der größte Teil der eigenen Mitglieder unmittelbar Betroffene sind.

Die derzeitige Bildungsdebatte nimmt wesentliche Aspekte aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen nicht genügend in den Blick. Zwingend notwendig wäre eine Bildungsdebatte, die sich an den Prinzipien einer ganzheitlichen Bildung ausrichtet. Ziel allen Handelns muss es sein, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben führen zu können und die bestmögliche Förderung der eigenen Talente zu erhalten. Eine Beschränkung auf so genannte Kernfächer, wie es derzeit bei der Entwicklung der Qualitätsstandards passiert, ist nicht zielführend. Das Recht auf Bildung und die optimale Entwicklung begrenzen sich nicht allein auf die formelle Bildung, sondern umfassen auch die nichtformelle und informelle Bildung³. Das bedeutet zum einen, dass Schule sich verändern muss, zum anderen, dass sie nicht der einzige Bildungsort ist, der gefördert werden darf. Schließlich darf die Bildungsdebatte nicht dazu führen, dass alle Freiräume von Kindern und Jugendlichen verplant und verbildet werden. Zeit zweckfrei selber zu gestalten, ist ein Menschenrecht – und dient obendrein doch wieder als Raum für informelles Lernen. In diesem Zusammenhang ist die Verkürzung der Schulzeit der Gymnasien auf acht Jahre, ohne eine adäquate Veränderung der Lehrpläne, als Katastrophe zu werten. Eine 42-Stunden-Woche für viele Schüler und Schülerinnen ist keine Seltenheit mehr, bezieht man Schulweg, Hausaufgaben, Lernen und Nachhilfe mit ein. Ebenso gilt es, das Augenmerk auf die Finanzierung bzw. Kostenfreiheit der Bildung zu legen. Wenn gut gebildete Kinder und Jugendliche für die Zukunft unserer Gesellschaft von so großer

² Vgl. Petra Stanat/Cordula Artelt/Jürgen Baumert/Eckard Klieme/Michael Neubrand/Manfred Prenzel/Ulrich Schiefele/Wolfgang Schneider/Gundel Schümer/Klaus-Jürgen Tillmann/Manfred Weiß, PISA 2000: Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden und Ergebnisse, 19 ff., online <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_im_Ueberblick.pdf>, abgerufen 14.12.2007.

³ Vgl. Definition formeller, nichtformeller und informeller Bildung in: *Bundesjugendkuratorium*, Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe, Bonn 2001.

Bedeutung sind, muss Bildung allen zugänglich gemacht werden. Das bedeutet aus meiner Sicht in der Konsequenz, dass Bildung, von der frühkindlichen Bildung bis zum Abschluss einer Erstausbildung, kostenfrei zur Verfügung gestellt werden muss. Noch weitere Bildungsfragen zeichnen sich bereits heute ab, die aus meiner Sicht Richtungsentscheidungen mit großer Tragweite für die Zukunft beinhalten: der Erhalt der außerschulischen Bildung neben der Schule, der Abbau der sozialen Selektion durch das Schulsystem, die Aufwertung der Kleinkinderziehung durch Verbesserung des Erzieher(innen)berufes, verbunden mit einer höheren Vergütung, die Gestaltung der beruflichen Bildung und die Nutzbarkeit erfolgreicher Bildungsabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt.

2.1 Zusammenspiel außerschulischer und schulischer Bildung

Kinder- und Jugendverbände schaffen eine Gelegenheitsstruktur für informelle Bildung, die durch Angebote nichtformeller Bildung ergänzt wird. Kinder und Jugendliche finden in Kinder- und Jugendverbänden einzigartige Erkenntnis- und Erfahrungsräume für soziales und politisches Lernen, die gerne als Werkstätten der Demokratie bezeichnet werden. Gesellschaftlich ist dieser Bereich der Bildung mit geringerem Prestige ausgestattet als die formelle Bildung in Schule und Hochschule. Die Unterordnung anderer Bildungsoptionen unter die Schule zeigte sich zuletzt in den Debatten um mehr Ganztagschulen. So wurden Ideen in einzelnen Bundesländern laut, eine Umlenkung der Mittel des Landesjugendplans hin zu den Ganztagskooperationen der Bildungsträger vorzunehmen. Die Breite und Vielfalt der nichtkommerziellen, freien Träger zeichnet Deutschland im europäischen Vergleich aus und trägt immens zur Qualität des Bildungsangebotes bei. Eine gesellschaftliche Errungenschaft, deren Erhalt auch für die künftigen Generationen wichtig ist, denn Bildung ist weit mehr als Schule. Die oft undifferenzierten, journalistisch aufbereiteten Prognosen zum demographischen Wandel, die allgemein immer weniger Kinder prognostizieren, bergen in diesem Zusammenhang die Gefahr, als Argument für vorschnelles Sparen an den Mitteln für die Bildungsarbeit freier Träger der Jugendhilfe in Kommunen und Ländern missbraucht zu werden. Tatsächlich stellt sich die Situation regional von Kommune zu Kommune unterschiedlich dar. Für Westfalen-Lippe weist eine Expertise⁴ exemplarisch aus, dass die Geburtenzahl in den nächsten Jahren in manchen Kommunen ansteigen oder zunächst gleich

⁴ Vgl. *Matthias Schilling* (Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik im Auftrag des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe), Auswirkungen des Bevölkerungs-

bleiben wird. Schulen und Jugendhilfe müssen ihre Perspektiven sowohl kurz- als auch langfristig ausrichten und insofern Flexibilität garantieren. Eine kinder- und jugendfreundliche Politik setzt dabei mehr auf Qualität und weniger auf Einsparungspotential, mehr auf kommunale Passgenauigkeit als auf allgemeine Trends. Auch für die Zukunft behalten deshalb Instrumente wie der Jugendhilfeausschuss – als Garant für die Entwicklung politischer Strategien auf der Basis aller vorhandenen Kenntnisse der Situation – hohe Bedeutung. Die Kooperation mit den Gremien der Schulen ist sicherlich zu verstärken. Kontraproduktiv wäre allerdings der Verzicht auf die mittels der Zweigliedrigkeit des Jugendamtes hergestellte Mitverantwortung und Mitwirkung der freien Träger durch Abschaffung des Jugendhilfeausschusses und damit des eigenen Ressorts für die Jugendhilfe in Ländern und Kommunen. Die Feldkompetenz der freien Träger der Jugendhilfe ist eine unverzichtbare Bereicherung für die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in allen Altersstufen. Keine Ganztagschule wird ohne Kooperation mit der Jugendhilfe das angestrebte ganzheitliche Bildungsangebot erreichen können. Die Jugendarbeit kann Erfahrungen aus Gruppen-, Seminar- und Projektarbeit einbringen, die intrinsische Lernmotivation und das Erlernen sozialer und politischer Schlüsselkompetenzen fördern. Ihre Stärke in diesem Feld rührt aus den sie konstituierenden Grundlagen der Freiwilligkeit und Partizipation, die in ganz besonderem Maße in der Jugendverbandsarbeit zu finden ist. Eine Unterordnung unter die Hoheit der Schule würde über kurz oder lang das Ende der ihr eigenen Qualität bedeuten. Die von den Akteuren der Jugendhilfe geforderte Kooperation mit Schulen *auf gleicher Augenhöhe* braucht bundesweit verlässliche Strukturen. Der reformierte Föderalismus hat leider Entwicklungen angestoßen, die einer solchen jugendfreundlichen Politik gegenläufig sind, weil sie völlig anderen Interessen folgt.

2.2 Abbau der Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft im Schulsystem

Bildungsgerechtigkeit wird angesichts der demographischen Veränderungen in Deutschland für die Zukunft noch höhere Bedeutung erlangen als heute. Eng verbunden damit ist das Erfordernis, integrativere Strukturen im Einwanderungsland Deutschland zu schaffen.

rückgangs auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2010 in Westfalen-Lippe, Dortmund 2000.

Erst im vergangenen Jahr hat der Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen darüber, wie es in Deutschland um das Menschenrecht auf Bildung bestellt ist, Furore gemacht. Die schicksalhafte Verknüpfung von sozialer Benachteiligung und Bildungsbenachteiligung wurde erneut deutlich. Die Reaktionen der Kultusverantwortlichen sind den Reaktionen auf die internationalen Schulleistungsstudien PISA ähnlich: Die Kritik an der methodischen Vorgehensweise wurde in den Vordergrund gerückt und es wurde versucht, die Ergebnisse in den Hintergrund zu drängen, wenn nicht gar zu desavouieren. Der Blick von außen auf die Leistungen seiner Schulen wird in Deutschland als Zumutung empfunden, vielleicht weil er das öffentliche Augenmerk auf Missstände lenkt, die nur durch das Aufbrechen zur Selbstverständlichkeit gewordener Strukturen behoben werden können. Dazu gehört das vielgliedrige Schulsystem. Kritik am vorhandenen System wird an den eigenen biographischen Erfahrungen gemessen, die Option grundlegender Veränderungen wird als riskant eingestuft, weil der Übergang in ein weniger selektives System beispielsweise zu einer Schule für alle⁵ Kinder kaum vorstellbar erscheint. Die Kritik an der Benachteiligung sozial schwacher Schüler(innen) und an Schüler(inne)n mit Migrationshintergrund ruft unmittelbar die Sorge vor mangelnder Förderung begabter Schüler(innen) auf den Plan. Das Vertrauen in das deutsche Schulsystem ist trotz des empirischen Nachweises, dass der schulische Lernerfolg nicht entlang des Potentials der Schüler(innen), sondern entlang ihrer sozialen Herkunft variiert, für breite Teile der Bevölkerung unerschüttert. Die Debatten werden weniger anhand von Fakten als aufgrund von Überzeugungen geführt. Pro und Contra Mehrgliedrigkeit stehen einander sowohl unter den Lehrer(inne)n und Eltern als auch unter den Schüler(inne)n, Student(inn)en und Politiker(inne)n unversöhnlich gegenüber und blockieren kreative, teilschrittige Lösungen. Wenn durch Deutschland in dieser Frage nicht der viel beschworene Ruck geht, werden sich die Verhältnisse zementieren und verheerende Folgen für die demographisch veränderte Gesellschaft haben. Die Überrepräsentanz von Schüler(inne)n mit Migrationshintergrund an Hauptschulen und deren Unterrepräsentanz an Gymnasien ist heute ein Problem der Chancengerechtigkeit genauso wie die Tatsache, dass die zweite Generation schlechtere Bildungserfolge erzielt als die erste. In ein paar Jahrzehnten, wenn die Mehrheit der unter 20-Jährigen in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund sein werden, wird sich das als Mehrheitsproblem in allen Bereichen der Gesellschaft darstellen. Natürlich ist nur allein mit einer Reform der Schul-

⁵ ‚Alle‘ schließt auch behinderte Kinder und jene ohne Aufenthaltsstatus ein.

struktur noch nichts gewonnen. Um alle Kinder und Jugendlichen optimal zu fördern, bedarf es unter anderem mehr Personal an den Schulen, kleinerer Klassen, individueller Förderung durch binnendifferenzierten Unterricht, einer Neigungsdifferenzierung, des Einsatzes vielfältiger Lehrmethoden, projektbezogenen und fächerübergreifenden Unterrichts und sozialpädagogischer Begleitung. Ziel aller Bemühungen muss es sein, jedem jungen Menschen den individuell bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen. Die demographische Entwicklung kann in diesem Zusammenhang sogar Vorteile haben. Sie kann der Gesellschaft helfen, endlich zu erkennen, dass jedes Kind ein hohes Gut darstellt, für dessen gelingendes Aufwachsen sie Sorge tragen muss. Vor diesem Hintergrund sollten die Finanzmittel, die aufgrund der weniger werdenden Kinder frei werden, im System belassen und für eine Qualitätsverbesserung eingesetzt werden.

2.3 *Bessere Förderung von Kleinkindern*

Eine kinder- und jugendfreundliche Politik stellt sich der Herausforderung, jedem Kind die bestmögliche Förderung von Anfang an zu ermöglichen. Die Verbesserung der frühkindlichen Bildung tangiert viele Bereiche: das Familienbild, die Rolle der Eltern in Beruf und Familie und die Geschlechterverhältnisse im Allgemeinen, die Ausbildung der Erzieher(innen), die tariflichen Arbeitszeiten und die Strukturen des Arbeitsmarktes, die Zuwanderungspolitik, die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um nur einige Aspekte zu benennen. Ob die Akademisierung der Ausbildung von Erzieher(inne)n der Königsweg aus der bisherigen tariflichen und sozialen Minderbewertung dieser Tätigkeit ist, mögen die Expert(inn)en der Hochschulen, der Kinder- und Jugendhilfe und der Politik erschließen. Als Interessenvertreterin für die Kinder fordere ich dazu auf, diese Auseinandersetzung inhaltlich entlang qualitativer Ziele, wie einer Verringerung der Gruppengröße in Kindertageseinrichtungen und einer gezielten kindgerechten Förderung (frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung darf nicht zur *Vorschule* werden), zu führen. Die finanziellen Mittel dazu, das haben zuletzt Peer Pasternaak und Arne Schildberg⁶ nachgewiesen, sind vorhanden. Eine komfortablere Situation für die Aufwertung der frühkindlichen Bildung, als wir sie jetzt in Deutschland angesichts der sich verändernden Altersstruktur vorfinden, wird sich kaum bieten. Für die

⁶ Peer Pasternaak/Arne Schildberg, Die Kostenauswirkung einer Akademisierung der Erzieher/-innen-Ausbildung, in: FORUM Jugendhilfe der AGJ, Heft 1/2006, 67–78.

alternde Gesellschaft stellt sich objektiv keine Alternative zum konsequenten Ausbau der öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Bildung und Betreuung. Die Großeltern der meisten Kinder werden zukünftig aufgrund mangelnder räumlicher Nähe und veränderter Gestaltung der dritten Lebensphase für eine Ausfallbürgschaft für fehlende öffentliche Infrastruktur nicht zur Verfügung stehen.

2.4 Gestaltung der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung steht im Kontext der seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden Arbeitsmarktkrise. Diese geht zunehmend zu Lasten der jungen Generation, hier insbesondere von bildungsfernen sozialen Schichten. Der Schwerpunkt der beruflichen Ausbildung junger Menschen ist das duale System, das die Lernorte Betrieb und Berufsschule miteinander verknüpft und weltweit ein Erfolgsmodell darstellt. Allerdings steht den Bewerber(inne)n um einen Ausbildungsplatz seit mehreren Jahren kein ausreichendes, auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen mehr zur Verfügung. Im Gegenteil, die Lage am Ausbildungsmarkt stellt sich in den letzten Jahren immer bedrohlicher dar. Von den privaten und öffentlichen Arbeitgebern werden immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Auch die Zahl der öffentlich geförderten Ausbildungsplätze sinkt.⁷ Nicht nur wegen eines drohenden Fachkräftemangels in einer alternden Gesellschaft, sondern insbesondere vor dem Hintergrund eines christlichen Menschenbildes haben alle jungen Menschen das Recht auf eine Ausbildung, die den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Zumal Beruf und Erwerbsarbeit nach wie vor *der* Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe in unserer Gesellschaft sind. Deshalb muss dringend eine verlässliche Verpflichtung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und der öffentlichen Hand zur Schaffung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes sichergestellt werden. Dabei muss auch die Möglichkeit eines Ausbildungsplatzfonds geprüft werden.⁸ Besonders prekär zeigt sich die Situation für benachteiligte und individu-

⁷ Von der Mindestanforderung eines Verhältnisses von Ausbildungsplatzsuchenden zu Ausbildungsplätzen von 100:112,5 ist die Angebot-Nachfrage-Relation weit entfernt. Diese Mindestanforderung war letztmalig im Jahr 1992 erreicht worden. Im Jahr 2005 ist diese Angebot-Nachfrage-Relation unter 95:100 gesunken und hat damit einen historischen Tiefstand seit der Deutschen Einheit erreicht.

⁸ In diesen Fonds sollen alle Unternehmen eine Ausbildungsplatzabgabe einzahlen. Unternehmen, die ausbilden, werden ein Teil ihrer Kosten ersetzt; vgl. *BDKJ*, Jugendpolitische Anmerkungen zu aktuellen Projekten der Bundesregierung, Beschluss der Hauptversammlung 2006.

ell beeinträchtigte Jugendliche. Die Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit benachteiligter Jugendlicher, zur außerbetrieblichen Ausbildung sowie die ausbildungsbegleitenden Hilfen müssen ausgebaut werden, um allen Jugendlichen die Chance zur Ausbildungsreife und zur Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu ermöglichen.

Die Ausbildungs- und Erwerbssituation ist in Deutschland weiterhin von geschlechertypisierenden Unterschieden geprägt. Es besteht ein segmentierter Arbeitsmarkt mit hoher Männerdominanz im gewerblich-technischen Bereich und hoher Frauendominanz bei den personenbezogenen Dienstleistungen.⁹ Die starke Prägung von Berufen durch die überwiegende Ausübung des einen oder des anderen Geschlechtes schlägt sich sowohl in der Auswahl- und Einstellungspraxis von Betrieben als auch im Berufswahlverhalten sowie in der Vergütung von jungen Frauen und jungen Männern nieder. Der Ausbildungsmarkt ist ebenfalls segmentiert. Die typischen ‚Männerbranchen‘ bilden im Dualen System mit tariflicher Ausbildungsvergütung aus, die personennahen Dienstleistungen werden vielfach als vollzeitschulische Berufsausbildung angeboten, für die teilweise Schulgeld erhoben wird. Diese Struktur hat diskriminierende Wirkung auf Frauen. Es braucht mehrere Instrumente, um für Mädchen und junge Frauen die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation zu verbessern, wie zum Beispiel eine bessere Vergütung der personenbezogenen Dienstleistungen, die in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger werden sowie eine mindestens kostenfreie schulische Ausbildung. Noch besser wäre es, Instrumentarien zu entwickeln, die in Bezug auf Vergütung und materielle Absicherung während der Ausbildung die Gleichstellung von Schüler(inne)n vollzeitschulischer Berufsausbildungen mit Auszubildenden im Dualen System bewirken. Ebenso sollten die Begabungen und Interessen von Mädchen und Jungen in der Schule so gefördert werden, dass sie ermutigt werden, Ausbildungsentscheidungen unabhängig(er) von gegenwärtig existierenden und wirksamen geschlechtsspezifischen Berufswahlspektren zu treffen.

2.5 Verbesserte Rahmenbedingungen für die Hochschulbildung

Wenn Bildung in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft zu den wichtigsten Ressourcen gehört und wenn alle Kinder und Jugendlichen

⁹ Vgl. *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, München 2005, 58.

das Recht auf eine nach ihren Neigungen und Fähigkeiten ausgerichtete, optimale (Aus)Bildung haben, hat dies auch Auswirkungen auf die Hochschulbildung. Sie darf nicht durch die Privatisierung ihrer Kosten zu einem nur wenigen zugänglichen Luxusgut gemacht werden. Folglich sind Studiengebühren abzulehnen und BAföG-Sätze so an steigende Lebensunterhaltskosten anzupassen, dass eine Konzentration auf das Studium erfolgen kann. Aus der Not heraus, dass immer mehr Bundesländer bereits Studiengebühren eingeführt haben, hat der BDKJ zumindest für die Beachtung einer sozialverträglichen Gestaltung plädiert, in der auch Fragen des ehrenamtlichen Engagements Berücksichtigung erfahren müssen. Aber aus Sicht der katholischen Jugendverbände sind und bleiben Studiengebühren kontraproduktiv. In der Regel können junge Studierende dem an sie gerichteten hohen Anspruch nicht gerecht werden, der lautet, für den Lebensunterhalt und die Studiengebühren zu arbeiten, ehrenamtlich – im Sinne des Erlernens sozialer Kompetenzen und der Stärkung der Zivilgesellschaft – tätig zu sein und zügig zu studieren. Überfüllte Studiengänge, veraltete Bestände in Bibliotheken, unzulängliche finanzielle Ausstattung von Forschung und Lehre verweisen auf weitere quantitative und qualitative Probleme der universitären Bildung. Damit die Hochschulausbildung in Deutschland den zukünftigen Herausforderungen nachkommen kann, so vielen jungen Menschen wie möglich eine universitäre Ausbildung zu ermöglichen, braucht es eine flächendeckende Verbesserung in Forschung *und* Lehre in *allen* Studiengängen. Hochschulen müssen zu Orten der kreativen Entwicklung von neuen Ideen für Gesellschaft, Technologie und Wirtschaft werden. Auch die Hochschulen müssen einem ganzheitlichen Bildungsansatz folgen, denn Studium ist mehr als die Vorbereitung auf Erwerbsarbeit und damit die Förderung nur ausgewählter Studiengänge. An Hochschulen ist eine Lehr-, Lern- und Forschungskultur zu etablieren, die Student(inn)en zu lebenslangem Lernen motiviert und befähigt. Nur so sind die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Um der zunehmenden Bedeutung des lebenslangen Lernens und der unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten von Menschen adäquat gerecht zu werden, ist schließlich die Durchlässigkeit der Bildungssysteme in Deutschland dringend geboten. Das heißt, der Zugang zur Hochschule muss mit einer Berufsausbildung ermöglicht werden.

3. GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE

Dass die katholischen Jugendverbände sich aus pädagogischen und gesellschaftspolitischen Gründen intensiv mit den Geschlechterverhältnissen befassen, ist bekannt. Dieses Thema im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel auf die Agenda zu setzen, erscheint hingegen weniger offensichtlich. Doch gehören zu den aktuellen demographischen Entwicklungen in Deutschland Phänomene, die die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für die Zukunft Deutschlands belegen. Die Abwanderung junger Menschen aus den östlichen Bundesländern ist vor allem eine Abwanderung junger Frauen. „In den neuen Bundesländern findet seit 1989 eine deutliche Abwanderung von Frauen statt. So lebten 2004 in den neuen Bundesländern, in dem für Partnersuche und Familiengründung wichtigen Alter der 18- bis 29-Jährigen, je 100 Männer nur noch 90 Frauen.“¹⁰ Es wird spekuliert, dass dies mit den besseren Schulabschlüssen der jungen Frauen zu tun hat, die ihnen wohl bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz im Westen vermitteln. Tatsächlich sind ihre Chancen, einen der wenigen Ausbildungsplätze im Osten zu ergattern, gegenüber den jungen Männern, trotz schlechterer Schulabschlüsse, definitiv geringer.¹¹ Hintergrund für die stärkere Abwanderung junger Frauen könnte auch die größere Flexibilität im Lebensentwurf sein. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich im Westen Deutschlands die Lebensentwürfe von Frauen pluralisiert. Seit der Wende ist diese Entwicklung auch für die Mädchen und jungen Frauen in den östlichen Bundesländern von Bedeutung. Die hohe Wahlmöglichkeit hat aber auch eine negative Seite, die darin besteht, dass junge Frauen häufig aufgrund von Mutterschaft ökonomischen Zwängen ausgesetzt sind, die sie veranlassen, Rollen wahrzunehmen, die in ihrer Lebensplanung nicht vorkamen. „Es ist davon auszugehen, dass das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in den neuen Bundesländern deutliche Folgen für die weitere demographische Entwicklung haben wird, da die Frauen, die fort gegangen sind, andernorts Kinder bekommen werden. Dies wird zu einer noch stärkeren Ausdünnung der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer führen.“¹²

Das hohe Beharrungsvermögen (junger) Männer in der Rolle des Vollzeitberufstätigen, das im Westen trotz steigender Neigung junger Väter zur Suche nach Möglichkeiten, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen,

¹⁰ *DBJR*, Demographischer Wandel – Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen. Beschluss der 80. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendring 2007.

¹¹ Vgl. *Bundesministerium für Bildung und Forschung*, Berufbildungsbericht 2007.

¹² *DBJR*, Demographischer Wandel.

vorrangig die Lebenspläne von Jungen und jungen Männern bestimmt, nimmt in den Regionen im Osten, in denen die Anzahl der Männer so stark von der Anzahl der Frauen abweicht, neue Dimensionen an. Antidemokratische politische Meinungen gewinnen unter den ‚zurück gebliebenen‘ Männern an Bedeutung und strahlen auf das Gesicht der Kommunen aus. Um Veränderungen herbeizuführen, wäre dreierlei erforderlich:

- Konsequenter Wirtschaftsaufbau in allen östlichen Bundesländern, verbunden mit Maßnahmen zur Förderung frauenfreundlicher Unternehmenskultur.
- Umsetzung pädagogischer Konzepte reflektierter Koedukation in den Kindertageseinrichtungen und Schulen, die Jungen ein größeres Spektrum an emotionalen Erlebnisräumen eröffnen und das Training auf dominante Männlichkeit beenden.
- Verbesserung der Ausstattung und des Ansehens der Berufe in der Altenpflege, da diese insbesondere in den überalternden Kommunen im Osten zukünftig eine extreme Bedeutung haben und klassischerweise von Frauen ausgeübt werden, die bei Fortführung der bestehenden Trends fehlen werden.

4. SOLIDARITÄT – GERECHTIGKEIT – CHANCE FÜR DIE ZUKUNFT

Die Verteilung der Vermögen in Deutschland entspricht einem Verhältnis von 10:60:30. Die oberen zehn Prozent der Bevölkerung halten 50 Prozent des gesellschaftlichen Vermögens. Die darunter liegenden 60 Prozent der Bevölkerung halten ebenfalls 50 Prozent des gesellschaftlichen Vermögens und die weiteren 30 Prozent der Bevölkerung verfügen über kein Vermögen. Diese Entwicklung bedeutet für eine große Zahl von Kindern ein Leben in der Aussichtslosigkeit von Anfang an. Studien zeigen, wie eng materielle Armut mit Bildungsbenachteiligung und gesundheitlichen Risiken gekoppelt ist. *Die World-Vision-Studie* hat jüngst gezeigt, dass Kinder bereits im Grundschulalter je nach ihrer Schichtzugehörigkeit ihre Bildungsziele festlegen.¹³ Dies zu verändern und die Einkommensschiere zu schließen, ist aus meiner Sicht die größte demographische Herausforderung vor der Deutschland steht.

¹³ Vgl. *World Vision Deutschland e. V. (Hg.), Kinder in Deutschland 2007*, Frankfurt 2007, 115.

Im Hinblick auf die *Ressourcen und Lebenslagen von Familien* stellt Der 2. *Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* fest: „Armut und soziale Ausgrenzung sind kontextabhängig und entstehen nicht nur durch fehlendes Einkommen, sondern auch durch einen Mangel an Möglichkeiten der gesellschaftlichen, sozialen und politischen Teilhabe sowie durch das Fehlen individueller Ressourcen, Fertigkeiten und Kompetenzen.“¹⁴ Von den Kindern, die im Sozialhilfebezug stehen, lebten im Jahr 2003 55 % in Haushalten von Alleinerziehenden, nur 35 % in Zwei-Eltern-Familien. Von den deutschen Kindern mit Sozialhilfebezug leben 60 Prozent in einem Haushalt von Alleinerziehenden. Von den ausländischen Kindern im Sozialhilfebezug leben nur 35 % bei Alleinerziehenden. Sowohl Familien als auch Alleinerziehende im Sozialhilfebezug verfügen oft über ein eigenes Erwerbseinkommen, das heißt „Erwerbseinkommen zzgl. weiterer Einkommen wie zum Beispiel Kindergeld- und Wohngeldzahlungen reichen häufig nicht aus, um die entstehenden Kosten des Familienhaushaltes zu decken. Bei Alleinerziehenden sind ausbleibende oder unzureichende Unterhaltszahlungen Auslöser für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt.“¹⁵ Die Bekämpfung der Kinderarmut muss konsequent so gestaltet werden, dass sie effektiv für alle Familien wirkt. Der BDJK schlägt dafür die Einführung eines Grundeinkommens in Höhe von 800 Euro pro Person vor.¹⁶ Dabei spricht sich der BDJK dafür aus, dass auch Kinder und Jugendliche diesen Betrag in gleicher Höhe erhalten sollen, da Bildungs-, Kleidungs- sowie sonstige Anschaffungskosten gerade im Kindesalter in besonderem Maße anfallen.

Seit 15 Jahren schaffen in den neuen Bundesländern ein Drittel der Schulabgänger(innen) nicht den Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt. Das ist Ausdruck der selektiven sozialen Effekte des demographischen Wandels. Diesen Menschen kann nicht mit den üblichen Mitteln der Arbeitslosenpolitik geholfen werden. Diese haben bereits versagt. Andere Strukturen sozialer Sicherung und Aufwertung weiterer gesellschaftlich notwendiger Arbeiten, die nicht dem Erwerbsarbeitsmarkt zuzurechnen sind, müssen in Erwägung gezogen werden. Auch vor diesem Hintergrund erscheinen Überlegungen zu einem Grundeinkommen sinnvoll. Eine so ausführliche Entwicklung eines neuen Instrumentes der sozialen Sicherung ist sicherlich für einen Jugendverband ungewöhnlich und erschien dem BDJK doch in den momentanen Diskussionen dringend ge-

¹⁴ *Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung*, *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bonn 2005, 73.

¹⁵ Ebd. 77.

¹⁶ Eine Darstellung des BDJK-Grundeinkommensmodells würde den Rahmen dieses Fachartikels sprengen. Sie ist nachlesbar unter <<http://www.bdkj.de>>.

boten. Wir möchten damit Denkanstöße geben, Ziele benennen und Diskussionen in Politik und Gesellschaft anregen. Es soll helfen, alte Traditionen zu überdenken und neue Ideen mit dem Ziel zu entwickeln, die sozialen Sicherungssysteme in unserem Land so zukunftsfest zu machen, dass Kinder und Jugendliche heutiger und nachfolgender Generationen vor Armut in ihrem Lebensverlauf geschützt werden können. Damit greifen wir Zukunftsfragen von Kindern und Jugendlichen auf, die sie in den letzten Jahren in zunehmendem Maße geäußert haben. Deutlich wird in diesem Zusammenhang leider auch, dass durch die gesellschaftlichen Entwicklungen Kindheit als ‚behütete Phase‘ zunehmend in Frage gestellt wird.

5. HERAUSFORDERUNGEN ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

Ohne Zuwanderung würde der Bevölkerungsrückgang in Deutschland ein noch größeres Ausmaß annehmen. Die deutsche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in die Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen zuwandern und die auf Zuwanderung angewiesen ist: Deutschland ist ein Einwanderungsland! Allerdings werden die Potentiale, die mit Zuwanderung verbunden sind, nicht genutzt. Zum einen verhindert eine nach wie vor restriktive Einwanderungspolitik, dass alle Menschen, die dies wollen, die Chance bekommen, in Deutschland zu leben. Zum anderen verhindert der Umgang mit Migrant(inn)en oft, dass sie ihre Potentiale in Deutschland entfalten:¹⁷ Deutschland braucht folglich ein modernes Zuwanderungsrecht, das den Chancen von Zuwanderung Rechnung trägt und nicht länger vom Abwehrgedanken getragen ist. Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, diesen Gedanken bei der konkreten Umsetzung des aktuellen Zuwanderungsgesetzes durch entsprechende Richtlinien und Verwaltungsvorschriften in die Tat umzusetzen.

Ausgehend von ihrem christlichen Menschenbild sowie ihrer Verantwortung für die weitere gesellschaftliche Entwicklung, sehen die katholischen Jugendverbände in Deutschland es gegenwärtig als eine zentrale Aufgabe an, sich für die gesellschaftliche Integration der Menschen mit Migrationshintergrund einzusetzen. Integration bedeutet für uns eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt. Die

¹⁷ Siehe Kapitel 2.2 in diesem Beitrag.

derzeitige Tendenz in der politischen Diskussion, junge Menschen mit Migrationshintergrund ausschließlich unter der Problemperspektive zu betrachten, ist in keiner Weise zielführend. Vielmehr stellen die unterschiedlichen und vielfältigen kulturellen Erfahrungen, die junge Menschen mitbringen, in einer Gesellschaft, die sich zunehmend internationalisiert, eine elementare Bereicherung und ein wichtiges Potential für die Zukunft dar.

Damit Integration gelingt, ist nicht nur die Politik, sondern sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Angesichts der Tatsache, dass auch in den katholischen Kinder- und Jugendverbänden, wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, die Mehrheitsgesellschaft eher unter sich bleibt, hat der BDKJ sich folgende Maßnahmen vorgenommen: Neben einem gezielten Zugehen auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als Einzelmitglieder stehen insbesondere die Kontaktaufnahme und Kooperation mit bestehenden Migrant(inn)engruppen sowie die konkrete Unterstützung und Förderung der Selbstorganisation junger Migrant(inn)en im Vordergrund. Ziel ist es, vor allem katholischen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen geeigneten (organisatorischen) Rahmen zu bieten, in dem sie sich mit ihren Ideen adäquat in die verbandliche Jugendarbeit einbringen können. Darüber hinaus soll das interkulturelle Lernen als Querschnittsaufgabe in der katholischen Jugendverbandsarbeit bei den ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiter(inne)n verstärkt werden.

6. PARTIZIPATION

Durch die Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung sinkt der zahlenmäßige Einfluss der jüngeren Wahlberechtigten. Damit besteht die Gefahr, dass in der Abwägung zwischen verschiedenen Interessen die Auswirkungen für die starke Generation der älteren Menschen stärkere Berücksichtigung finden als die langfristigen Folgen einer Politik für die nachkommenden Generationen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen ist als Ziel heute gesamtgesellschaftlich anerkannt und teilweise gesetzlich festgeschrieben (UN-Kinderrechtskonvention, Kinder- und Jugendhilfegesetz). Partizipation, das heißt Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ist damit zu einem Querschnittsthema für verschiedenste gesellschaftliche Bereiche geworden. Aber längst nicht in allen das Leben von Kindern und Jugendlichen betreffenden Be-

reichen wird ihnen tatsächliche Partizipation ermöglicht. Von den direkten Formen der politischen Entscheidungen (Wahlen oder Abstimmungen) sind Jugendliche unter 18 Jahren (bis auf wenige Ausnahmen) ausgeschlossen. Aber auch andere Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sind in ihrer Umsetzung ungenügend. Zwar sind in vielen Landesgesetzen Kinderrechte verankert, diese beziehen sich aber häufig nur auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen oder bleiben lediglich eine Willensbekundung ohne praktische Konsequenzen. Politik und Verwaltung auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene obliegt bei der Einführung partizipativer Strukturen für Kinder und Jugendliche besondere Verantwortung. Sie kann Erfahrungsräume eröffnen, die positive Beziehungen zu demokratischen Formen der Interessenvertretung und Konfliktlösung ermöglichen. Diese Chancen dürfen nicht durch unzureichende Beteiligungsmodelle und Unglaubwürdigkeit der politischen Akteure aufs Spiel gesetzt werden.

6.1 Kriterien für echte Partizipation

Der Deutsche Bundesjugendring kritisiert in etlichen Stellungnahmen, dass viele Partizipationsprojekte im politischen Raum auf die Vernachlässigung des demokratischen Vertretungsprinzips gründen.¹⁸ Sie dienen oft den politisch Verantwortlichen als Feigenblätter oder zur eigenen öffentlichen Darstellung. Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, müssen unter anderem die folgenden Kriterien erfüllt sein:¹⁹

- *Es gibt tatsächlich etwas zu entscheiden.*
- Alle Beteiligten sind von Anfang an einbezogen.
- Am Anfang der Beteiligung wird ein weitgehender Informationsgleichstand hergestellt.
- Es herrscht Transparenz in Bezug auf Entscheidungen und Ziele.
- Die Attraktivität von Beteiligungsformen wird gewährleistet (unter anderem über reale Gestaltungsmöglichkeiten, Lebensweltbezug, Altersangemessenheit und Methodenvielfalt).
- Zwischen Planung und Umsetzung des Beteiligungsvorhabens bestehen enge zeitliche Zusammenhänge.

¹⁸ Vgl. *DBJR*, Mitwirkung mit Wirkung – Positionsbeschreibung des Deutschen Bundesjugendrings zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in politischen Zusammenhängen und Kriterienkatalog, Berlin 2003.

¹⁹ Ebd.

- Ein angemessener Zeitraum ist für den Beteiligungsprozess zu gewährleisten.
- Ein größerer Grad an Institutionalisierung von Beteiligung wird erreicht.
- Die Ergebnisse sind für die Kinder und Jugendlichen nachvollziehbar und erkennbar.
- Der Transfer der Ergebnisse in die Entscheidungsabläufe von Politik und Verwaltung gelingt.

6.2 Kinder- und Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie

Kinder- und Jugendverbände sind originäre Aktionsfelder für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Sie ermöglichen das Lernen von Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen und gesellschaftlichen Leben nötig sind. Dazu gehören Bereitschaft und Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen und zur Einschätzung der Möglichkeit ihrer Durchsetzung sowie zum Umgang und Leben mit Konflikten. Kinder und Jugendliche lernen in der Gruppe und in der verbandlichen Zusammenarbeit, sich mit Gleichgesinnten zusammen zu schließen, Kompromisse zu finden, der Macht kritisch gegenüber zu stehen, aber auch Macht verantwortlich zu nutzen. Demokratie wird erfahrbar, weil das Zusammenleben im Verband demokratisch gestaltet wird, von der Entscheidung über die Gruppenaktivitäten bis zu der Wahl der Vertreter(innen) und der Meinungsfindung zu politischen Fragen. Sie erfahren, dass die Vertretungsstruktur ihnen als Gruppe die Kommunikation mit Gruppen im Nachbardorf, im benachbarten oder entfernten Bundesland, bundesweit und international ermöglicht. Somit muss (Jugend-)Verbandsarbeit nicht nur weiterhin – auch bei weniger werdenden Kindern – Förderung erfahren, sondern sollte darüber hinaus verstärkt als gutes Beispiel politischen Lernens dienen.

6.3 Senkung des Wahlalters

Darüber hinaus fordern die Kinder- und Jugendverbände eine Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Ein Stellvertreterwahlrecht, gleich welcher Form, wird abgelehnt. Diese für viele Menschen beängstigende Forderung kann jedoch der Politik helfen, die Ängste, Sorgen und Bedürfnisse von Jugendlichen stärker in den Blick zu nehmen und in politisches Handeln umzusetzen. Eine Senkung des Wahlalters hilft, der Gefahr des

demographischen Wandels entgegen zu wirken, eine zu starke Ungleichgewichtung in politischen Entscheidungen zu Ungunsten der Jugend vorzunehmen. Die Argumentation, 14-Jährige seien noch nicht in der Lage, eine verantwortungsbewusste Entscheidung zu fällen, berücksichtigt weder den Entwicklungsstand von 14-Jährigen noch den Status, der ihnen ab diesem Alter mit der Religions- und Strafmündigkeit zukommt. Gleichwohl sollten parallel zum Ausbau der unterschiedlichsten Formen der Partizipation die Anstrengungen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung erhöht werden.

7. HERAUSFORDERUNG GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Der Gesetzgeber hält die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu Recht für eine wichtige Aufgabe. So wird im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Artikel 71, Absatz 2 dem Bund das Gesetzgebungsrecht zugewiesen, „wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“ Wird gegenwärtig vom demographischen Wandel gesprochen, sind damit meist Bevölkerungsrückgang und veränderter Altersaufbau gemeint. Dies ist jedoch nur ein kleiner Ausschnitt tatsächlicher demographischer Entwicklungen. Das Abwandern aus den ländlichen Regionen, die Veränderungen im (zahlenmäßigen) Geschlechterverhältnis, eine andere Zusammensetzung der Bevölkerung im Hinblick auf ihren kulturellen Hintergrund ergeben ebenso einen Handlungsbedarf im Interesse sowohl der jetzt jungen als auch aller zukünftigen Generationen. Die Entwicklung wird regional sehr unterschiedlich verlaufen.²⁰ Ursache dafür sind vor allem innerdeutsche Wanderungsbewegungen von jungen Erwachsenen. Damit wird sich die Altersstruktur in Regionen, die von Abwanderung geprägt sind (ländlicher Raum, neue Länder), zusätzlich erhöhen. Der Rückbau der Infrastruktur und anderer staatlicher Leistungen in einzelnen Regionen des ländlichen Raums führt zum Wegzug vor allem derer, die mobil sind und in anderen Regionen eine Chance für sich sehen. Dies wiederum führt zu einer Abwärtsspirale in der Herkunftsregion durch weiteren Rückbau der Infrastruktur aufgrund der erneut gestiegenen Kosten pro Person.

²⁰ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bevölkerungsprognose 2002–2020, Bonn 2006.

Viele Kinder und Jugendliche haben heute schon massive Probleme, Schule und Freizeitangebote im ländlichen Raum in einer angemessenen Zeit zu erreichen. Die Angebote sind oft eingeschränkt und liegen weit auseinander. Gleichzeitig ist der öffentliche Nahverkehr oft unzureichend ausgebaut bzw. in den letzten Jahren massiv abgebaut worden. Einigermaßen mobil sind nur die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern Zeit und Geld investieren, sie zu den Freizeitangeboten zu fahren. Durch die Gefahr der immer weiter zunehmenden Ausdünnung von Infrastrukturen in den Regionen mit sinkender Bevölkerungszahl sind Kinder und Jugendliche aus materiell schlechteren Lebensverhältnissen von der Abkoppelung von gesellschaftlicher Teilhabe besonders betroffen. Auch das Problem des Rechtsextremismus, mit dem sich viele unserer Mitglieder, insbesondere in den neuen Bundesländern, auseinandersetzen, ist vor diesen Abkoppelungsprozessen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu sehen.

7.1 Kinder- und Jugend(verbands)arbeit

Die katholischen Kinder- und Jugendverbände versuchen, die sich stellenden Herausforderungen anzunehmen. So entwickelt die Katholische Landjugendbewegung Angebote, die Jugendlichen helfen, sich mit ihrem Lebensumfeld auf dem Land positiv auseinander zu setzen und das Land entsprechend mit zu gestalten. Kreisläufe saisonaler und regionaler Produkte sowie fairer Preise werden erfolgreich unterstützt. Andere Jugendverbände versuchen, über mobile Angebote der Ausdünnung der Angebote der Jugendarbeit entgegen zu wirken. Aber wenn die Situation nicht zunehmend aktiver von allen gesellschaftlichen und politischen Kräften gestaltet wird, sondern im Gegenteil die Ausdünnung als Sparpotential im Bereich der Bildungs- und außerschulischen Bildungsangebote gesehen wird, droht den noch verbliebenen Kindern und Jugendlichen, von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden. Insbesondere die neuen Bundesländer haben – zugunsten einer nicht nachhaltigen Projektförderung – von Anfang an zu wenig in den Aufbau von Kinder- und Jugend(verbands)arbeitsstrukturen investiert. Der Anspruch „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“²¹ muss Verpflichtung bleiben. Auch in zunehmend dünner besiedelten Regionen haben Kinder und Jugendliche den vollen Anspruch auf die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.

²¹ *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kinder und Jugendhilfe* (Achstes Buch Sozialgesetzbuch), §1 Abs.1.

Es wäre hilfreich, wenn diese gesetzliche ‚Grundversorgung‘ vom Bundesgesetzgeber verbindlich präzisiert würde, um einem weiteren Abbau entgegen zu wirken.

7.2 *Daseinsvorsorge definieren und umsetzen*

Die Förderung der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen ist ein zentraler Faktor für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist eine gut ausgebautte öffentliche Infrastruktur sehr wichtig. Dazu gehört, neben dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), auch der Zugang zu allen (modernen) Kommunikationsformen. Kinder und Jugendliche benutzen zunehmend das Internet, um sich die Welt zu erschließen. Es ist von vielen das am meisten genutzte Kommunikationsmittel, das zunehmend die Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe bildet. Es bietet in strukturell schwachen Gebieten große Chancen, die derzeit noch unzureichend genutzt werden. Dies bedarf jedoch neben Bildungsangeboten in diesem Bereich insbesondere technischer Voraussetzungen, die sicher zu stellen nach Art. 87 f Absatz 1 Grundgesetz²² Aufgabe des Bundes ist. Aber nach wie vor gibt es Gebiete in Deutschland, die von Handy-Empfang und einem zeitgemäßen Internetzugang abgekoppelt sind.²³ Wie sollen Kinder und Jugendliche in einer Wissensgesellschaft die bestmöglichen Chancen erhalten, wenn ihnen die notwendigen Instrumente zur Teilhabe vorenthalten werden? Es gibt Länder, die Regionen mit (kostenlosem) Internetzugang ausstatten, um die Chancen, die sich bieten, zu nutzen, zum Beispiel für die Weiterbildung, für Behördenangelegenheiten oder für die Ermöglichung von Beteiligungsprozessen. Deutschland erlaubt sich, bestimmte Regionen – und damit auch die Kinder und Jugendlichen, die in ihnen leben – zu marginalisieren.

Kinder und Jugendliche haben ein besonders hohes Mobilitätsbedürfnis. Sinkende Einwohnerzahlen und zurückgehende, zentralisierte Infrastruktur und Angebote lassen den für sie notwendigen Mobilitätsradius deutlich wachsen. Die damit verbundenen Strecken sind mit eigener Kraft (zu Fuß, mit dem Fahrrad) nicht zu bewältigen. Der ÖPNV stellt

²² Artikel 87 f Abs. 1 des GG lautet: „Nach Maßgabe eines Bundesgesetzes, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, gewährleistet der Bund im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen.“

²³ Vgl. *Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie*, Breitbandatlas, online unter <<http://www.zukunft-breitband.de/Breitband/Portal/Navigation/breitbandatlas.html>>, abgerufen 14.12.2007.

daher oftmals die einzige Möglichkeit dar. Öffentliche Infrastruktur und Verkehrsmittel sind Teil der Daseinsvorsorge. Sie liegen daher in der Verantwortung des Staates und sind auch in Regionen mit sinkender Bevölkerungszahl in sinnvoller – eventuell auch kreativer – Art und Weise zu erhalten. Für alle Kommunen und Regionen sollte gleichermaßen gelten, dass die Schaffung bzw. der Erhalt einer auf junge Menschen ausgerichteten sozialen Infrastruktur einer der wichtigsten Faktoren gegen Abwanderungstendenzen ist.

8. HERAUSFORDERUNG NACHHALTIGKEIT

Der BDKJ versteht unter Gerechtigkeit, dass alle Menschen und damit alle Generationen, auch die zukünftigen, die gleichen Chancen haben, an den Gütern und Ressourcen der Gesellschaft teilzuhaben. Deshalb fühlen sich die katholischen Jugendverbände dem Leitmotto ‚Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung‘ verpflichtet. Und das nicht nur für Deutschland, sondern weltweit. So sind Solidaritätsaktionen, wie *Die Sternsinger*²⁴ oder der Einsatz für fair gehandelte Produkte nur einige Beispiele der Arbeit der katholischen Jugendverbände. Dieser Einsatz greift ein grundlegendes Interesse von Kindern und Jugendlichen auf. Kinder haben ein natürliches Gespür für Ungerechtigkeit. Sie wollen spontan helfen, zumal in ihrem noch nicht von Erwachsenen beeinflussten Weltbild alle Kinder gleich sind und es allen Kindern gut gehen soll. Jugendliche wiederum sind in zunehmenden Maße durch die Verschärfung der sozialen Gegensätze, die Überflutung mit schier unzähligen Informationen und ein rapides Tempo des sozialen Wandels sowie die Folgen von Umweltzerstörungen, Umweltkatastrophen und Schadstoffbelastungen herausgefordert. Ist es heute schon schwierig, den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen umzusetzen, stellt sich die Frage, ob dieser Prozess mit zunehmendem demographischem Wandel und Beharrungstendenz der älteren Generationen nicht noch mühsamer wird.

²⁴ In Kooperation mit dem Kindermissionswerk ‚Die Sternsinger. Päpstliches Missionswerk der Kinder in Deutschland e. V.‘

8.1 Globalisierung gestalten

Von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft wird immer wieder der Eindruck erweckt, die fortschreitende Globalisierung folge einem Naturgesetz und sei nicht gestaltbar.

Diese Verschleierung der Realität führt zu einem dazu, dass die eigentlichen Akteure der Globalisierung nur schwer zu identifizieren und damit zu beeinflussen sind. Zum anderen verstärkt sich bei vielen Jugendlichen ein Gefühl der Ohnmacht, welches mit einer Reduzierung des sozialen und politischen Engagements einhergeht. Kinder und Jugendliche wollen die Welt aktiv mitgestalten und sich mit ihrer Kreativität und Fantasie, ihren Ideen und Vorschlägen in die Entscheidungen für das Heute und Morgen wirkungsvoll einmischen. Globalisierung birgt nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen und sie ist gestaltbar: wie eine Globalisierung des Umweltschutzes, die praktische Anerkennung und Verwirklichung der Menschenrechte oder globale Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut, Hunger und sozialer Ungerechtigkeit. Die Chancen, die eine gerechte Globalisierung und ein friedvolles Zusammenleben der Menschen gerade für Kinder und Jugendliche weltweit bieten, werden dann genutzt, wenn es gelingt, diesen Prozess transparent, demokratisch und nachhaltig für Mensch und Umwelt zu gestalten. Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Der Komplexitätssteigerung infolge der Globalisierung muss mit Lernkonzepten begegnet werden, die dazu befähigen, sachliche Widersprüche auszuhalten, mit Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten zu kommunizieren, den eigenen Handlungsspielraum realistisch einzuschätzen und zu nutzen und Fähigkeiten zu erwerben, die eine abstraktere Anschlussfähigkeit an viele Lebenssituationen ermöglichen.

8.2 Umgang mit den natürlichen Ressourcen

Eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik gestaltet den ‚Standort Deutschland‘ in sozialer, ökologischer und ökonomischer Sicht, ohne die natürlichen Ressourcen zu schädigen oder aufzubauchen. Eine kinder- und jugendfreundliche Politik sieht die Notwendigkeit eines ökologischen Umsteuerns ein. Das bedeutet Verringerung des Ausstoßes der Treibhausgase um 40 Prozent, Vorfahrt für Energieeinsparungen, zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien, Ausstieg aus der Atomenergienutzung, Eindämmung des Emissionswachstums im Verkehr, Nutzung

finanzpolitischer Anreize für die Klimapolitik etc.²⁵ Ebenso ist es den katholischen Jugendverbänden ein großes Anliegen, den Ökolandbau zu stärken. So werden regionale Kreisläufe und für den Menschen gesunde Produkte, die besonders für Kinder und Kleinkinder von hoher Bedeutung sind, gefördert. Ökologie und Nachhaltigkeit sollten verstärkt in die pädagogischen Konzepte der schulischen und außerschulischen Bildung integriert werden. Dabei sollte nicht nur eine ökologische Sichtweise vermittelt, sondern mit einer globalen Perspektive eine Folgenabschätzung des eigenen und gesellschaftlichen Handelns eingeübt werden. Letztendlich ist Nachhaltigkeit kein Luxus, sondern ein notwendiges Instrument zur weltweiten Gerechtigkeit und damit für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen weltweit.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die demographische Entwicklung Probleme der heutigen Gesellschaft verschärfen kann, neue Herausforderungen mit sich bringt, aber auch Chancen birgt. Vor allen Dingen will sie aktiv gestaltet werden. Einen Einblick, wie dies kinder- und jugendfreundlich geschehen kann, habe ich hoffentlich geben können.

LITERATURVERZEICHNIS

- BDKJ*, „Eine Welt – zwei Lebenswelten“, Beschluss der Hauptversammlung 1992.
- BDKJ*, Entwicklung jenseits des Wachstums – Leitbilder und Instrumente des Wandels beim Umbau der Industriegesellschaft, Beschluss der Hauptversammlung 1994.
- BDKJ*, Fragen nach der Zukunft der Erde müssen einen breiteren Raum im schulischen Unterricht einnehmen, Beschluss der Hauptversammlung 1996.
- BDKJ*, Jugendpolitisches Manifest – Für einen neuen Vertrag zwischen den Generationen und gegen den Abbau des Sozialstaates, Beschluss der Hauptversammlung 1996.
- BDKJ*, Ökologische Steuerreform, Beschluss der Hauptversammlung 1998.
- BDKJ*, „Bildung mit Herz und Verstand“ Positionen zur aktuellen Bildungsdebatte aus der Sicht von Kinder- und Jugendverbänden, Beschluss der Hauptversammlung 1999.

²⁵ Vgl. *Die Klima-Allianz*, Klimaschutz jetzt! Ein Appell der Klima-Allianz, Bonn 2007.

- BDKJ*, Armutsbekämpfung muss verstärkt werden – Forderungen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, Beschluss der Hauptversammlung 2002.
- BDKJ*, Bildungsqualität ist Zukunftsqualität – Die katholischen Jugendverbände bieten die Kooperation mit Schule an, Beschluss der Hauptversammlung 2003.
- BDKJ*, Solidarität – Chance für die Zukunft, Beschluss der Hauptversammlung 2003.
- BDKJ*, Absenkung des Wahlalters, Beschluss der Hauptversammlung 2006.
- BDKJ*, Bildungsgerechtigkeit in Deutschland – Schule gerecht gestalten, Beschluss der Hauptversammlung 2006.
- BDKJ*, Jugendpolitische Anmerkungen zu aktuellen Projekten der Bundesregierung, Beschluss der Hauptversammlung 2006.
- BDKJ*, Kinderrechte für Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus, Beschluss der Hauptversammlung 2006.
- BDKJ*, Beitritt des *BDKJ*-Bundesverbandes zur Klima-Allianz, Beschluss der Hauptversammlung 2007.
- BDKJ*, Integration durch Teilhabe – Von einem Nebeneinander zu einem Stärkeren Miteinander!, Beschluss der Hauptversammlung 2007.
- BDKJ*, Kinderrechte in die Verfassung, Beschluss der Hauptversammlung 2007.
- BDKJ*, Schule muss fördern nicht überfordern, Beschluss der Hauptversammlung 2007.
- BDKJ*, Wenn schon Studiengebühren, dann sozial gestalten, Beschluss der Hauptversammlung 2007.
- BDKJ*, Für eine chancengerechte Schule, Beschluss der Hauptversammlung 2008.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung*, Bevölkerungsprognose 2002–2020, Bonn 2006.
- Bundesjugendkuratorium*, Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe, Bonn 2001.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung*, Berufsbildungsbericht 2007.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, München 2005.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Kinder und Jugendhilfe (Achstes Buch Sozialgesetzbuch), Berlin 2007.

- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung*, Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn 2005.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie*, Breitbandatlas, online unter <<http://www.zukunft-breitband.de/Breitband/Portal/Navigation/breitbandatlas.html>>, abgerufen 14.12.2007.
- Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend*, Vision für eine gerechte Gesellschaft, Solidarität – Chance für die Zukunft, 4. gekürzte Aufl., Düsseldorf 2005.
- Deutscher Bundestag* (Hg.), Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2007.
- Deutscher Bundesjugendring (DBJR)*, Mitwirkung mit Wirkung – Positionsbeschreibung des Deutschen Bundesjugendrings zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in politischen Zusammenhängen und Kriterienkatalog, Berlin 2003.
- Deutscher Bundesjugendring (DBJR)*, Demographischer Wandel – Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen. Beschluss der 80. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendring, 2007.
- Die Klima-Allianz*, Klimaschutz jetzt! Ein Appell der Klima-Allianz, Bonn 2007.
- Peer Pasternaak/Arne Schildberg*, Die Kostenauswirkung einer Akademisierung der Erzieher/-innen-Ausbildung, in: FORUM Jugendhilfe der AGJ, Heft 1/2006, 67–78.
- Matthias Schilling* (Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik im Auftrag des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe), Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2010 in Westfalen-Lippe, Dortmund 2000.
- Petra Stanat/Cordula Artelt/Jürgen Baumert/Eckard Klieme/Michael Neubrand/Manfred Prenzel/Ulrich Schiefele/Wolfgang Schneider/Gundel Schümer/Klaus-Jürgen Tillmann/Manfred Weiß*, PISA 2000: Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden und Ergebnisse, online unter <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_im_Ueberblick.pdf>, abgerufen 14.12.2007.
- World Vision Deutschland e. V.* (Hg.), Kinder in Deutschland 2007, Frankfurt 2007.